

# Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft  
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (17. Jahrgang, Nr.11 November 2023)

**besuchen Sie uns auch im Internet unter [www.dags-konvent.de](http://www.dags-konvent.de)**

Wo keine Kuh mehr grasst, kommt auch kein Preuß' mehr hin. Es stellt sich die Anschlussfrage, wer dann gemolken werden soll.

*Manfred Schmidt, dt. Bundespolitiker (SPD), 1936-2016*

## Stellungnahme zum Artikel „Diskussion um das Asylrecht“ im DAGS-Rundbrief vom 09.09.2023

Der genannte Artikel hat uns zutiefst irritiert. Wofür wirbt der Artikel denn? Abschaffung bzw. starke Einschränkung des Asylrechts und nur noch geplante „Zuwanderung für den qualifizierten Arbeitsmarkt“? Totale Abschottung und Zurückweisung schon an den Grenzen, da ja „das Grundrecht auf politisches Asyl ... viel zu oft falsch interpretiert (wird)“? Oder was ist damit gemeint, wenn gesagt wird: „Wir können die Massen an Menschen nicht alle unkontrolliert aufnehmen“? Es wird suggeriert, dass die allermeisten Flüchtenden „Armutsfüchtlinge aus Afrika und anderen Ländern aus der 3. Welt“ seien.

Sieht man sich die Statistiken des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)<sup>1</sup> an, zeigt sich ein ganz anderes Bild: Von den rund 150.000 Menschen, welche im ersten Halbjahr 2023 einen Asylerstantrag stellten, kommt die größte Gruppe weiterhin aus Syrien (29,9 %), gefolgt von Afghanistan (18,2 %). Den 3. bis 5. Platz nehmen die Türkei, der Iran und der Irak ein. Armutsfüchtlinge? Wir müssen sicher die Situation in diesen Ländern nicht weiter erklären, um deutlich zu machen, dass von dort wohl die allermeisten Menschen vor Krieg und Verfolgung fliehen.

Zweifellos steigen die Zahlen der Asylsuchenden wieder. Im Jahr 2022 wurden in Deutschland rund 218.000 Asylerstanträge gestellt. Die Halbjahreszahl von 2023 lässt erwarten, dass es in diesem Jahr mehr werden. Aber auf dem Höhepunkt der Zuwanderung von Asylsuchenden im Jahr 2016 waren es 722.000. Warum also jetzt diese Aufregung? Dafür gibt es mehrere Gründe. Einer davon wird inzwischen kaum noch erwähnt: Im Jahr 2022 kamen zu den oben genannten Asylsuchenden noch über eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine zu uns. Auch sie haben gute Gründe, hierherzukommen. In der Statistik des BAMF tauchen sie nicht auf, da sie keinen Asylantrag stellen müssen, sondern direkt ALG II bzw. Bürgergeld beantragen können. Aber auch sie brauchen Wohnungen, Sprachkurse, Kita- und Schulplätze sowie Arbeit.

Die jetzige Situation bedeutet mit Sicherheit eine Herausforderung für unser Land, aber der Mehrheit der Asylsuchenden zu unterstellen, sie kämen aus wirtschaftlichen Gründen, hilft nicht weiter. Gerade das gibt den Rechten, der AfD weiter Auftrieb, anstatt ihnen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ebenso wenig hilft es, den Sozialneid zu schüren, indem Menschen, „die für ihr tägliches Brot und ihre soziale Existenz hart arbeiten müssen“, gegen Asylsuchende ausgespielt werden.

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist durch die Asylsuchenden und die ukrainischen Kriegsflüchtlinge zwar zusätzlich angespannt, aber sie sind nicht die Ursache für die Wohnungsnot. Die Anzahl von bezahlbaren Wohnungen geht seit geraumer Zeit ständig zurück, u.a. weil die Sozialbindung in großer Zahl aufgehoben wurde und kaum neue Sozialwohnungen geschaffen werden. Eine vernünftige Wohnungspolitik ist lange überfällig. Und niedrige Renten haben schon gar nichts mit der Anzahl der Geflüchteten zu tun. Da spielen ja wohl eher die Niedriglohnpolitik und die Förderung von Mini- und Midi-Jobs durch die bisherige neoliberale Wirtschaftspolitik eine Rolle. Hierfür Geflüchtete verantwortlich zu machen ist unredlich und nützt ebenfalls nur den Rechten.

Wir sollten uns davor hüten, die jetzigen gesellschaftlichen Probleme auf dem Rücken Geflüchteter auszutragen. Völlig abwegig ist die Aussage: „Die ca. 350.000 abgelehnte(n) Asylbewerber kampieren irgendwo im Untergrund“. Zu so einer Aussage lässt sich nicht einmal Friedrich Merz hinreißen. Er bemängelt ja im Gegenteil, dass abgelehnte Asylsuchende sich angeblich alle Zähnersatz machen ließen und Deutsche deshalb keine Termine bekämen. Tatsache ist, dass sehr viele der abgelehnten Asylsuchenden aus ganz unterschiedlichen Gründen eine Duldung bekommen.

Es gibt vielfältige Abschiebehindernisse und auch Abschiebeverbote, weil auch die Ablehnung eines Asylantrages bedeuten kann, dass Menschen in ihren Herkunftsländern einer Gefahr an Leib und Leben ausgesetzt sind. Es entsetzt uns, dass am Schluss des Artikels der Besuch im Hoffnungsgrund als Begründung für alles vorher Gesagte herangezogen wird. Wie können die Menschen im Kirchenasyl als Rechtfertigung dafür dienen, wesentlich weniger Asylsuchende ins Land zu lassen? Das Gegenteil müsste der Fall sein!

Die jetzige Krise ist nicht durch die steigende Zahl von Flüchtenden hervorgerufen worden. Die Corona-Pandemie hat große wirtschaftliche Probleme hervorgerufen und viele Menschen in ihrer Existenz bedroht. Die Erholung war kaum in Sicht, als der Überfall Russlands auf die Ukraine die Lage noch verschärfte. Viele Menschen sind verunsichert, fürchten den Wohlstandsverlust oder bangen um ihre Existenz. In dieser Situation wird seit einigen Monaten die Zunahme von Asylsuchenden in der Öffentlichkeit zum Hauptproblem erklärt. Bundesweit und europaweit wird über eine Vielzahl von Maßnahmen nachgedacht, die mit Blick auf die Menschenrechte äußerst fragwürdig sind. Es ist jedoch eine Illusion, zu glauben, dass weniger Geflüchtete die Lösung der Probleme bedeute. Aber es ist der Nährboden für die Rechtsextremisten, die dies als einfache Lösung anbieten.

Wir haben keine Patentlösung zur Behebung der Probleme parat. Wir halten es aber für wichtig, in der gegenwärtigen öffentlichen Diskussion dafür einzutreten, dass Geflüchtete in jedem Fall menschlich behandelt werden müssen. Wir sind der Ansicht, dass der rechte Sumpf nur ausgetrocknet werden kann, wenn Ehrlichkeit in der Politik einkehrt. Eine Annäherung an „Argumente“ der AfD schadet der Demokratie, wird aber kaum zu einer Reduzierung der Anzahl von Asylsuchenden führen. Dazu sind die Ursachen zu vielschichtig und zu international. Außerdem ist eine entschiedene Wohnungs- und Sozialpolitik sowie eine gerechte Steuer- und Finanzpolitik dringend notwendig, um den Menschen wieder Sicherheit zu geben.

*Astrid und Sieghard Bußenius, im Oktober 2023*

## Soziale Spaltung – die Armut steigt

Seit dem Parteiaustritt von Sarah Wagenknecht muss die Partei DIE LINKE wohl noch mehr kämpfen, um Stimmen zu bekommen. So verteilten Parteimitglieder heute auf dem Wochenmarkt in Groß-Flottbek ein Blatt mit der Werbung für „mehr Gerechtigkeit, mehr Teilhabe, mehr Chancengleichheit“. Darauf wurde die Einführung einer KiJu-Karte vorgeschlagen, die alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren kostenlos bekommen sollen. Die garantiert freien Zugang überall dort, wo es in der Stadt Sport, Kultur und Bildung gibt: im Museum, im Theater, im Schwimmbad, im Sportverein. „wichtig ist, dass dies für die Betroffenen keinen Makel bedeutet und dass gleichzeitig Armut bei Kindern und Jugendlichen bekämpft wird“, sagt Insa Tietjen, die kinderpolitische Sprecherin der Linksfraktion in der Hamburger Bürgerschaft. Als Begründung folgt ein Artikel mit dem Titel „Die Stadt der großen Gräben“ Dafür werden Zahlen genannt: Im Bundesdurchschnitt ist die Armutsgefährdungsquote von 2022 auf 2023 gesunken – in Hamburg ist sie aber gestiegen. Besonders von Armut betroffen sind junge Menschen, sowie Frauen und Migrant\*innen- und das oft trotz Arbeit. Unter den Jugendlichen ist mehr als jede\*r Vierte von Armut bedroht. Bei den 18-25jährigen liegt die Armutsgefährdung sogar bei 34,7 Prozent. Und Hamburg ist tief gespalten: Der private Reichtum in Hamburg ist während der Pandemie noch gestiegen.

„Ein gutes Leben für alle“ fordert Hamburgs LINKE. – „alle Hamburger\*innen müssen teilhaben am Leben und dem Wohlstand in unserer Stadt. Und das ist möglich,

das Geld ist da! Wir müssen es nur anders verteilen.“ Die KiJu-Karte würde im Jahr 125 Millionen Euro kosten. Was sagen wir dazu?

*Walter Hamann*

## AfD will eigene Wähler bestrafen: Wer zu lange arbeitslos ist, wird streng behandelt

Die AfD schaltet sich in die Debatte um das Bürgergeld ein – mit radikalen Positionen.

Es ist paradox: Bei vielen Wahlen profitierte die AfD vor allem auch von Stimmen von Arbeitslosen. Beispiel Bundestagswahl 2021: Bei den Arbeitslosen konnte die AfD laut anonymen Nachwahlbefragungen einen Stimmanteil von 17 Prozent erreichen. Insgesamt kam die Partei auf 10,3 Prozent. Bei der Bundestagswahl 2017 wählten sogar 21 Prozent der Arbeitslosen die AfD. Viel Empathie bringt die selbsternannte Alternative für Deutschland diesem Wählermilieu jedoch nicht entgegen.

Wenn es nach der AfD-Bundestagsfraktion geht, sollen Langzeitarbeitslose zu Bürgerarbeit zwangsverpflichtet werden. Beispielsweise in der Seniorenhilfe oder in der „Heimspflege und Ortsverschönerung“. Das Bürgergeld der Ampel-Regierung, das Hartz 4 ablösen soll, lehnt die Oppositionspartei strikt ab. Aus Sicht von Bernd Baumann, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD, werde die neue Sozialleistung dazu führen, dass sich Arbeitslose „in die Hängematte“ legen. Mit dem Gegenkonzept „Bürgerarbeit“ sollen die Betroffenen „nicht verlernen, in der Früh aufzustehen“.

*DPA-online, Oktober 2023*

## Wegen Armut hinter Gittern

Rund 50.000 Menschen pro Jahr kommen bundesweit ins Gefängnis, weil sie eine Geldstrafe nicht bezahlen können. Das passiert z.B., wenn Menschen ohne Fahrschein erwischt werden. In Hamburg gibt es z.Z.t eine Aktion dagegen, die auch von der SPD unterstützt wird. WeAct hat inzwischen 58.000 Unterschriften gesammelt für die Petition „Justizversagen: Arme Menschen müssen zu Unrecht doppelt so lang ins Gefängnis! Begnadigungen jetzt!“.

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung des Herausgers wieder.**

**Beiträge und Anregungen bitte an**

**Klaus Herrmann,  
E-Mail: kherrmann@kabelmail.de**

**Unsere nächsten Treffen:  
08.01., 12.02. und 11.03.2024  
jeweils von 17.00 bis 19.00 Uhr  
im Rauhen Haus, Haus Weinberg**

**Er allein breitet den Himmel aus und geht auf den Wogen des Meeres. Er macht den Großen Wagen am Himmel und den Orion und das Siebengestirn und die Sterne des Südens.**

*(Monatsspruch für November 2023 aus Hiob 9,8-9)*

*Herausgeber: DAGS  
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:  
Siegfried Heidler, Hamburg  
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg  
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:  
30.November 2023*